

## Friede, Freude, Eierkuchen



Sechs, setzen!

Wenn die Bundeswehr  
in die Schule geht

Friedenstruppe

Warum Friedenspädagogik  
eine Alternative ist

Summa ohne laude

Wenn Unis nebenbei  
Kriegsdienst leisten

# Klassenkampf

*Stephan Knieps (25)  
besucht die Henri-Nannen-  
Journalistenschule und hat  
nicht gedient.*



Bundeswehr und Schulbesuch –  
wie passt das zusammen?  
Der Offizier führt's Klassenbuch,  
die Schüler stehen stramm?

Alles Werbung! ruft der Pazifist,  
gegen Indoktrination!  
Nicht doch, lacht der Bellizist:  
Die Bundeswehr, die macht das schon.

Der Berufssoldat als Lehrer  
steht im Klassenraum statt Kriegsgebiet,  
seine Absichten seien hehrer,  
doch hagelt's statt Kugeln nun Kritik.

Dabei will er doch, so sagt er,  
Frieden stiften bei Pennälern!  
Selbst um Erlaubnis fragt er,  
es soll die Angriffsfläche schmälern.

Doch Eltern fühlen sich geblendet,  
sehen statt Nutzen nur den Schaden.  
Ihr Vertrauen wird gepfändet  
beim Sturm auf die Schulbank-Barrikaden.

Dabei macht ihnen zu schaffen,  
dass Schüler in den ob'ren Klassen  
sich von Soldatens Schreckschusswaffen  
leichterdinge entzücken lassen.

Sogar der Truppen Selbstvertrauen  
wächst bei dieser Art Mission.  
Stößt sie doch in Kabul-Town  
längst keinen Talib mehr vom Thron.

Die Wehrpflicht ist schon abgeschafft –  
es ging so leicht wie Kimme-Korn.  
Als nächstes wäre angedacht  
die Bundeswehr-Schuluniform.

Noch einen Punkt, einen allerletzten,  
einen aktuellen dieser Tage:  
das Motiv des abgesetzten  
Ex-Ministers voll der Gnade:

Guttenberg wollt' sich entfernen  
vom „Bewaffneten Konflikt“.  
Und in der Schule wollt' er lernen,  
wie man unbeschadet spickt.

# Schule im Fadenkreuz

**Nachwuchssorgen und Imageprobleme – die Bundeswehr kämpft aktuell an mehreren Fronten. Doch die Grundstimmung in einem Land zu verändern, ist gar nicht so leicht. In der Schule versucht die Bundeswehr deshalb, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.**

Die deutsche Armee hat zwei grundlegende Probleme. Das erste betrifft das Personal: Im Jahr 2009 hätte die Bundeswehr 23.700 neue SoldatInnen einstellen müssen, konnte aber nur 21.784 für den Dienst an der Waffe gewinnen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wird sich die Personalnot weiter verschärfen. Das zweite Problem betrifft die mangelnde Akzeptanz von Auslandseinsätzen in der Bevölkerung: Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach im Auftrag der Tageszeitung Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Mai 2010 lehnen 65 Prozent der Befragten den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ab. Die Bundeswehr ist sich beider Probleme bewusst und versucht mit gezielter Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit gegenzusteuern. Dabei nimmt sie besonders SchülerInnen ins Visier.

Jugendoffiziere, junge Frauen und Männer mit langjähriger militärischer Erfahrung, bilden seit 1958 die Speerspitze des Militärs, wenn es um die Beeinflussung junger Menschen in Schulen geht. Heute gibt es bundesweit etwa 94 haupt- und 300 nebenamtliche Jugendoffiziere. Ihre Bilanz in 2009: 7.245 Veranstaltungen mit 182.522 TeilnehmerInnen – davon mindestens 160.000 SchülerInnen. Die jung und cool wirkenden Jugendoffiziere referieren vor Schulklassen über Themen wie „Soldaten als Staatsbürger in Uniform“ oder „Auslandseinsätze der Bundeswehr“. Oder sie führen SchülerInnen, LehrerInnen, Studierende und ReferendarInnen durch das mehrtägige Simulationsspiel „Politik & internationale Sicherheit“ (kurz: POL&IS). Das rundenbasierte Planspiel soll vermitteln, dass Militär ein normales Mittel der Politik und militärisches Eingreifen oft unabdingbar sei.

Damit die jungen SoldatInnen ungehindert an Schulen werben können, wurden seit 2008 in mittlerweile acht deutschen Bundesländern Kooperationsabkommen zwischen dem jeweiligen Landesschulministerium und der Bundeswehr unterzeichnet. Auf NRW folgten das Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und zuletzt Sachsen. Neben den Veranstaltungen der Jugendoffiziere im Klassenzimmer sehen die Vereinbarungen auch vor, die Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften einzubinden.

Immer wieder betonen Jugendoffiziere, keine Nachwuchswerber zu sein – sie informierten nur über Sicherheitspolitik und die Bundeswehr. Dies erscheint höchst fraglich, denn wer junge Menschen für den Soldatenberuf gewin-



nen möchte, muss sie im ersten Schritt vom Sinn der Armee und ihren Einsätzen überzeugen. Oft ist die Bundeswehr aber auch direkt mit Wehrdienstberatern an Schulen aktiv: Bei rund 12.600 Wehrdienstberatungsveranstaltungen wurden 2009 mehr als 280.000 SchülerInnen erreicht. Neben eigenen Veranstaltungen wirbt die Bundeswehr mit Anzeigen in Schülermedien für den Dienst an der Waffe – etwa in der Zeitung SPIESSER, die bundesweit mit einer Auflage von einer Million Exemplaren an Schulen ausliegt. Auch eigene Lern- und Aufgabenhefte mit dem wohlklingenden Titel „Frieden & Sicherheit“ werden vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegeben. Ein breites Spektrum, in dem die Grenze zwischen direkter und indirekter Werbung verschwimmt

Mit dem Wegfall der Wehrpflicht wird die Bundeswehr ihren Werbefeldzug ausbauen, um genügend Nachwuchs zu finden und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Wer die Zielgruppe ist und wo sie abgeholt werden muss, verriet Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg der Berliner Morgenpost (29.10.2010): „Die Schule ist der richtige Ort, an dem wir junge Menschen erreichen.“

**Michael Schulze von Glaßer**  
freier Journalist und Mitglied im  
Beirat der Informationsstelle Militarisation e.V.

## pluspunkt

Michael Schulze von Glaßer (2010):  
„An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit  
und Nachwuchswerbung der Bundeswehr“  
Köln: PapyRossa Verlag  
ISBN: 978-3-89438-442-5

# Meinungsmache

Können Offiziere Pädagogen sein und erklären, wie Frieden gemacht wird? Und sind SchülerInnen dann die Rekruten von morgen? Wenn die Bundeswehr in die Schule geht, gibt es viele Standpunkte. Wir haben uns einen Überblick verschafft.



## Die Schulministerin



Als erstes Bundesland unterzeichnete NRW 2008 die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. Wo sehen Sie Ihre Verantwortung, wenn es um den Einfluss der Bundeswehr auf Schule und Unterricht geht?

**Löhrmann:** Da auch die Thematik der Friedens- und Sicherheitspolitik zur Politischen Bildung in der Schule gehört, soll Lehrkräften die Möglichkeit gegeben werden, Jugendoffiziere ebenso wie Vertreter der Friedensbewegung als Experten in den Unterricht einzuladen und zwar gleichberechtigt und gleichgewichtig. Besuche von Bundeswehrangehörigen sollen selbstverständlich nur dann stattfinden, wenn die zuständige Lehrkraft dies entscheidet. Werbung für die Bundeswehr darf in der Schule keinen Platz haben.

**Ex-Verteidigungsminister Jung warb für die Kooperationsvereinbarung. Es bedürfe der „aktiven Unterrichtung unserer Bürgerinnen und Bürger, um den Sinn bewaffneter Auslandseinsätze zu vermitteln“. Wird Schule instrumentalisiert?**

**Löhrmann:** Ziel der Politischen Bildung in der Schule ist die Mündigkeit junger Menschen. Die Politische Bildung soll bei SchülerInnen die Bereitschaft wecken und die

Fähigkeit fördern, sich mit politischen Problemen auseinander zu setzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen. Dies ist nur möglich, wenn sich SchülerInnen mit kontroversen Positionen auseinandersetzen, die dahinter stehenden Interessen in den Blick nehmen und damit das Handwerkszeug für bewusste politische Entscheidungen bekommen.

**Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat signalisiert, dass eine Kündigung der Kooperationsvereinbarung nicht in Frage komme. Was passiert stattdessen?**

**Löhrmann:** Wir beabsichtigen, in ein Gespräch mit der Bundeswehr einzutreten, um die Kooperationsvereinbarung zu ändern und modifiziert fortzuführen. Ziel ist zu gewährleisten, dass die Kontroversen um Friedens- und Sicherheitspolitik im Unterricht gleichgewichtig und gleichberechtigt repräsentiert werden.

**Sylvia Löhrmann**  
Ministerin für Schule und Weiterbildung in NRW

punktgenau

## Finanzplan für den Frieden

Der Entwurf des NRW-Haushaltsplans für 2011 sieht 30.000 Euro für die Friedensarbeit an Schulen vor. Profitieren sollen davon vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen der Friedensbewegung.

Ihnen fehlen oft die Ressourcen, um Friedenserziehung in ausreichendem Umfang zu leisten. Schulministerin Sylvia Löhrmann stellte im Ausschuss für Schule und Weiterbildung in Aussicht, zivilgesellschaftliche Gruppen beispielsweise mit Landeszuschüssen für Fahrt- und Materialkosten zu unterstützen, um diesen Nachteil auszugleichen. Das könnte ein erster Schritt sein, um Friedenserziehung in der Schule so zu gestalten wie es der „Beutelsbacher Konsens“ vorsieht: kontrovers, ausgewogen und frei von Indoktrination.

Anja Heifel, punktlandung-Redaktion

## Die Bundeswehr

**Die Bundeswehr hat sich verändert: Die einstige Verteidigungsarmee ist heute als Interventionsarmee in Kriegsgebieten im Einsatz. Steht die Bundeswehr für Krieg? Kann sie ausgewogene Friedenserziehung leisten?**

**Stelz:** Tatsache ist: Einsätze der Bundeswehr erfolgen unter einem Mandat der internationalen Völkergemeinschaft und des Bundestages, sind damit völkerrechtlich und demokratisch legitimiert. Die Bundeswehr steht gemäß der Mandatsbeschlüsse für alle Formen der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. In den Schulen geht es darum, die gesamte Bandbreite der Instrumentarien darzustellen, einschließlich der Rolle der zivilen Organisationen. Dazu sind Jugendoffiziere als Akademiker – zum Beispiel aus den Bereichen Pädagogik, Politologie oder Staatsrecht – und oft auch durch eigene Einsatzerfahrung in Krisengebieten besonders geeignet.

**Die Jugendoffiziere verstehen sich als „Öffentlichkeitsarbeiter“ der Bundeswehr. Wundert es Sie, dass viele Lehrerkollegien diese (indirekte) Werbung im Unterricht ablehnen?**

**Stelz:** Jugendoffiziere betreiben keine Nachwuchswerbung. Leider wird ihnen dies gewollt von Kritikern der Kooperationsvereinbarungen oder aus Unkenntnis ihrer Aufgabenstellung bisweilen unterstellt. Diese Kritiker unter-

stellen damit auch den Schulen und Pädagogen, die mit Jugendoffizieren zusammenarbeiten, Werbung zuzulassen. Unsere Erfahrung zeigt, dass Schulleiter und Lehrkräfte die Jugendoffiziere sehr verantwortungsbewusst unter methodisch-didaktischen Gesichtspunkten in ihren Unterricht einladen. Die Tatsache, dass uns sehr viel mehr Anfragen von Schulen vorliegen als wir erfüllen können, zeigt, dass viele Schulleiter und Lehrkräfte mit der Arbeit der Jugendoffiziere zufrieden sind.

**Die Bundeswehr wird durch die Kooperationsvereinbarungen zu einem „offiziellen Partner“ der Schulministerien in Sachen Friedenserziehung. Andere Organisationen haben diesen Status nicht. Ganz schön einseitig, oder?**

**Stelz:** Die Bundeswehr hat in der Tat ein Alleinstellungsmerkmal: Sie geht aus dem Grundgesetz hervor und ist eine staatliche Organisation, kann damit „offizieller Partner“ sein. Da wir uns zu einer kontroversen Auseinandersetzung mit Friedensstrategien bekennen, würden wir eine Beteiligung von anderen Organisationen an Schulen begrüßen, vorausgesetzt sie stehen wie wir auf dem Boden des Grundgesetzes und der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und enthalten sich ideologischer Indoktrination. Ich sehe hier in erster Linie die Amtskirchen in friedensethischen Aspekten der Auseinandersetzung gefordert.

**Gerhard Stelz**  
Generalmajor und Befehlshaber  
im Wehrbereich II der Bundeswehr

**Die Kooperationsvereinbarung soll für eine „verbesserte und engere Zusammenarbeit von Schulen und der Bundeswehr“ sorgen. Wie wirkt sich das auf die Ausbildung und den Arbeitsalltag von LehrerInnen aus?**

**Schönian:** Das ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. In Baden-Württemberg zum Beispiel kommen ReferendarInnen in „den Genuss“ von Seminaren, die von Bundeswehroffizieren geleitet werden. Warum hält die Bundeswehr es für nötig, in die LehrerInnenausbildung einzugreifen? Sind unsere SeminarleiterInnen nicht gut genug? Das riecht alles nach einer Militarisierung von Bildung!

**Wie kann Friedenserziehung in Schulen funktionieren?**

**Schönian:** Die Fächer Geschichte, Politik, Sozial- und Gemeinschaftskunde, aber auch Deutsch, Kunst und Geografie sind hervorragend geeignet, um Frieden als Lern- und Lebensziel zu vermitteln. Dazu gehört auch die Frage nach der Aufgabe der Bundeswehr. Dabei sollte vor allem beleuchtet werden, was es braucht, um eine Gesellschaft ohne Militär zu erreichen, statt dem Militär die Rolle des Lehrenden zu übertragen.

**Den Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen – das ist erklärtes Ziel der GEW. Wie soll es nach Auffassung der Jungen GEW erreicht werden?**

## Die Junge GEW

**Schönian:** Das geht auf mehreren Ebenen: Die Politik muss unter Druck gesetzt werden, beispielsweise die Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr zurück zu nehmen.

Gleichzeitig ist es sehr wichtig, vor Ort in den Schulen Diskussionen darüber anzustoßen, worin der (Un-)Sinn besteht, die Bundeswehr ins Klassenzimmer zu holen. Lehrer-, Fach- und Schulkonferenzen, Schulpflegschaftssitzungen und Schülervertretungen – all das sind Gremien, die auf die Entscheidungen von Schulleitungen Einfluss nehmen können.

**Guido Schönian**  
Junge GEW NRW

### pluspunkt

Du willst wissen, was die LandesschülerInnenvertretung dazu sagt? Das Interview und auch alle anderen Interviews in voller Länge gibt es online:  
[www.nds-zeitschrift.de](http://www.nds-zeitschrift.de)

# Lernen über Frieden

**Die Forderung ist klar: Bundeswehr raus aus der Schule! Aber Dagegensein allein reicht nicht, denn wie von selbst folgen neue Fragen: Wenn die Bundeswehr es nicht kann, wer dann? Und wie? Die Friedenspädagogik antwortet.**

Mit der Debatte um die Schulbesuche der Bundeswehr und die Kooperationsvereinbarung als deren politischer Freifahrtsschein wurde eine Diskussion angestoßen, die unter friedenspädagogischen Gesichtspunkten längst überfällig war: Was und vor allem wie kann an Schulen im Schatten des Afghanistankrieges über Krieg und Frieden gelernt werden? Als ein allgemein anerkannter, im Grundgesetz verankerter, zentraler Wert ist Frieden ein herausragendes Thema für die Schule. Die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Friedensgefährdungen und Sicherheitsbedrohungen einerseits und der Friedens-, Sicherheits- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bündnispartner andererseits ist angesichts der weltpolitischen Lage dringender als jemals zuvor.

Wie können Lösungsversuche aussehen? Welche Bearbeitungsansätze gibt es? Und wer sind die Akteure?

Eine Beschäftigung mit diesen Themen zielt jedoch nicht nur auf mehr Sachkompetenz. Gleichzeitig geht es darum, die Fähigkeiten zum Umgang mit Konflikten und Gewalt im Nahbereich zu fördern und mehr Empathie für den Umgang mit emotionalen Betroffenheiten zu schaffen. Denn die Zahl der „Soldatenkinder“ und der Kriegsflüchtlinge an Schulen steigt und für viele SchülerInnen ist die Frage nach Krieg und Frieden eine essentielle Lebensfrage.

Es liegt in eigener Verantwortung der Schulen und insbesondere der Lehrkräfte, in welcher Form diese Themen im Unterricht und in der Schulkultur aufgegriffen werden. Es steht ihnen frei, zur Meinungsbildung der SchülerInnen VertreterInnen aller gesellschaftlich relevanten Institutionen, Organisationen und Gruppen einzuladen oder sich an deren Fortbildungen zu beteiligen. Einrichtungen wie das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. bieten hierfür Seminare, Workshops, Lernmedien und Lernarrangements an, um sich zeitgemäß und kritisch mit der Thematik beschäftigen zu können und um zu lernen, wie man Frieden macht. Im Zentrum stehen das Erlernen von Kritik- und Reflexionsfähigkeit und die Aneignung einer ethischen Grundorientierung für ein Zusammenleben – in der eigenen Gesellschaft und global. Dafür ist die Ausbildung eigener Bewertungskriterien für politische und gesellschaftliche Diskurse und Problemlagen grundlegend.

Lernprozesse beinhalten demzufolge nicht nur die Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Themen und Herausforderungen. Im Sinne einer ganzheitlichen Friedenspädagogik geht es vielmehr auch um Fragen der Gewaltprävention an Schulen.

## pluspunkt

Das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. erstellt hilfreiche Materialien, die unter [www.friedenspaedagogik.de](http://www.friedenspaedagogik.de) verfügbar sind, zum Beispiel:

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2010): „Afghanistan kontrovers“ (Themenblätter im Unterricht / Nr.84)
- Günther Gugel / Uli Jäger (2007): „Frieden gemeinsam üben. Didaktische Materialien für Friedenserziehung und Globales Lernen in der Schule.“
- SIPRI (Hrsg.) (2010): „SIPRI Yearbook 2010. Armaments, Disarmament und International Security. Kurzfassung auf Deutsch.“
- Brot für die Welt (Hrsg.) (2010): „Gender und Frieden.“ (Global Lernen. Service für Lehrerinnen und Lehrer. 16. Jahrgang, Ausgabe 2/2010)

Aufgabe der Friedenspädagogik muss es sein, Alternativen für ein Lernen anzubieten, das

1. den Krieg ächtet,
2. jeglicher Form von Gewalt widersteht,
3. Konflikte konstruktiv begegnet und
4. Visionen für Frieden anbietet.

In Anknüpfung daran müssen Handlungsmöglichkeiten entwickelt und erprobt werden. Dies gelingt nur, wenn Ansätze und Methoden partizipativ angelegt sind und SchülerInnen die Möglichkeit haben, Selbstwirksamkeit zu erfahren. Dann wird der Transfer auf die eigene Lebenswelt möglich. Die eigene Rolle in Konflikten, aber auch die individuelle Relevanz in Friedensfragen zu erkennen und zu hinterfragen stellt dabei eine große Herausforderung dar. Es gilt, Vorstellungen zu entwickeln von dem, „was sein soll“. Schule muss ein Lernort sein, der Wege zu Veränderungen aufzeigt und

Friedenlernen ermöglicht. Ein Ort, an dem die Rekrutierung von Minderjährigen seitens der Bundeswehr nichts zu suchen hat.

**Uli Jäger / Nadine Ritzi**

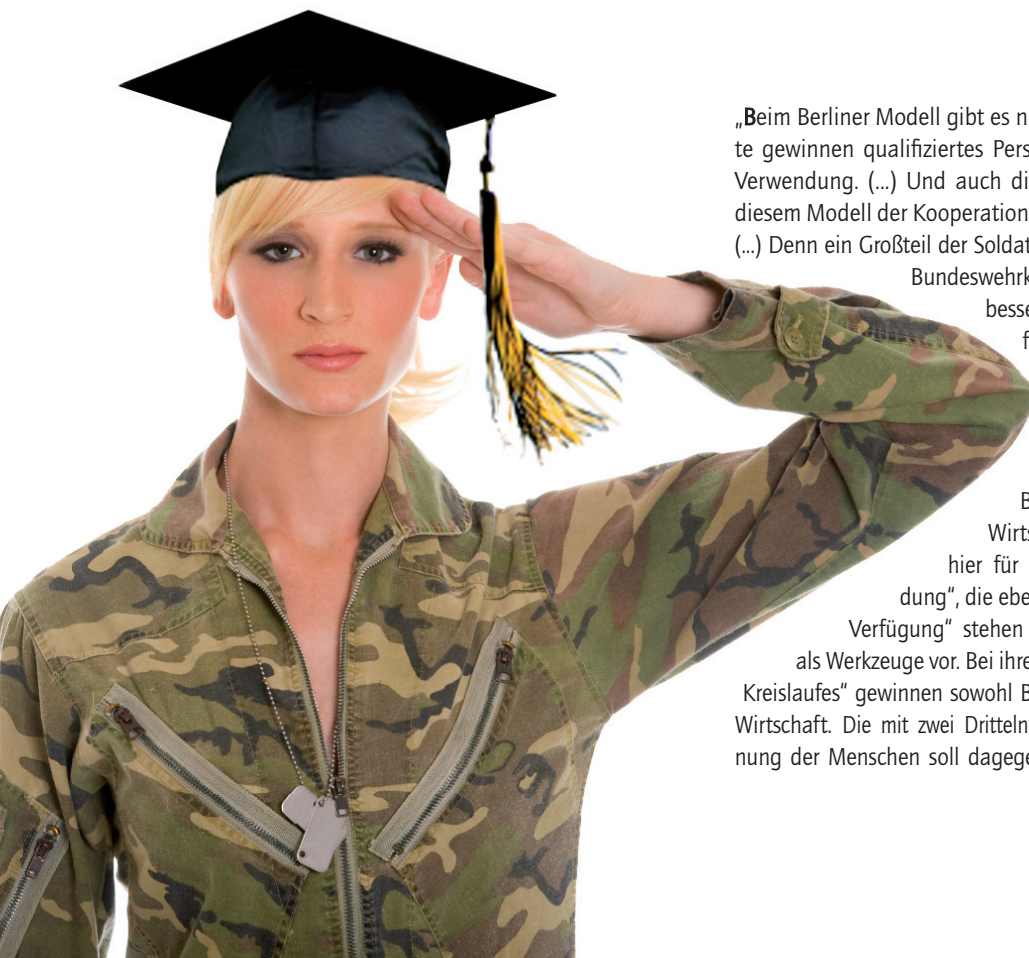
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

#### pluspunkt

Die Rekrutierung von Minderjährigen an Schulen durch die Bundeswehr kritisiert der von Menschen- und Kinderrechtsgruppen veröffentlichte „Schattenbericht Kindersoldaten 2011“. Download: [www.kindersoldaten.info](http://www.kindersoldaten.info)

## Wissenschaft in Tarnfarben

Militaristische Einflüsse gibt es nicht nur in der Schule – sie ziehen sich durch das gesamte Bildungssystem: Gut möglich, dass die Bundeswehr im Studium noch einmal anklopft. Neinsagen fällt den Unis oft schwer, denn Drittmittelquote und Exzellenzoutput drängen sie geradezu in zweifelhafte Allianzen.



„Beim Berliner Modell gibt es nur Gewinner. Die Streitkräfte gewinnen qualifiziertes Personal für eine hochwertige Verwendung. (...) Und auch die Wirtschaft profitiert von diesem Modell der Kooperation im Sinne eines Kreislaufes. (...) Denn ein Großteil der Soldaten auf Zeit steht nach ihrer Bundeswehrkarriere den Unternehmen besser qualifiziert wieder zur Verfügung.“ So heißt es auf den Internetseiten der Bundeswehr über das Berliner Modell, die gemeinsame „Ausbildungsoffensive von Bundeswehr und privater Wirtschaft“. Die Menschen, die hier für eine „hochwertige Verwendung“, die eben auch Krieg sein kann, „zur Verfügung“ stehen sollen, kommen dabei nur als Werkzeuge vor. Bei ihrem Recycling „im Sinne eines Kreislaufes“ gewinnen sowohl Bundeswehr als auch private Wirtschaft. Die mit zwei Dritteln konstant hohe Kriegsablehnung der Menschen soll dagegen keine Bedeutung haben. ▶

„Nie wieder Krieg!“ – diese Lehre aus dem Nationalsozialismus war entscheidend bei der Gestaltung unseres Grundgesetzes. Nachdem die Hochschulen während des Faschismus mit opportunistischem Eifer ideologische und technische Zuarbeit geleistet und dadurch Vernichtung und Krieg erst ermöglicht hatten, garantierte das Grundgesetz die Freiheit der Wissenschaft von der Einflussnahme durch Partikularinteressen. Sie wurde 1968 zu dem Anspruch weiter entwickelt, für Frieden und die Humanisierung der Lebensbedingungen zu arbeiten sowie Ideologien zu verdrängen, die Krieg und soziale Ungleichheit als natürlich und unveränderbar erklären.

Dagegen etabliert der neoliberale Umbau der letzten Jahre – als Freiheit oder Autonomie verbrämt – überall Konkurrenz statt Kooperation: Jeder gegen jeden und Europa gegen den Rest der Welt im Kampf der Wirtschaftsstandorte bis zum Krieg. „Befreit“ von Muße, Erkenntnisinteresse und Demokratie sollen sich Hochschulen in Zukunftsangst und finanzieller Bedrängnis trimmen, um den in credit points und Drittmittelquote gemessenen Kompetenz- und Exzellenzoutput zu erhöhen. Die Inhalte werden dadurch austauschbar, was jeder Indienstnahme systematisch zuspielt.

Hochschulen sollen so nicht nur konsequent den Geld- und Arbeitgebern dienen, sondern durch ihre kulturelle Verfasstheit und ihre Ideologieproduktion das Recht des Stärkeren reproduzieren. Unter dem Druck der Drittmittelorientierung werden nicht nur Waffen entwickelt, sondern auch Ausbeutung und Kriege ideologisch gerechtfertigt; verbreitet ist auch Wehrmedizin zur Erhöhung der Recyclingquote.

Gegen die Militarisierung streiten an vielen Hochschulen Gruppen für Zivilklauseln. Das sind Selbstverpflichtungen der Hochschulen, nicht mit Militär und Rüstungsindustrie zu kooperieren. Inzwischen haben die Linke und in Baden-Württemberg auch die SPD und die Grünen diese Forderung in ihre Wahlprogramme übernommen und auch bei der Novellierung des Hochschulgesetzes in NRW wird sie zur Sprache kommen. Entscheidend wird dabei sein, ob es gelingt zu bestimmen, dass Hochschulen allgemeinwohlorientiert sein und die großen Herausforderungen der Epoche ernsthaft in Angriff nehmen müssen: Frieden, Arbeit, Energie, Ökologie und Demokratie.

**Stefan Brackertz**  
GEW-Hochschulgruppe Köln und  
Arbeitskreis Zivilklausel der Uni Köln

#### pluspunkt

Infos und Materialien des Arbeitskreises Zivilklausel der Uni Köln:  
[www.zivilklausel.uni-koeln.de](http://www.zivilklausel.uni-koeln.de)

#### Impressum

##### Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW  
Nünningstraße 11, 45141 Essen

##### punktlandung-Redaktion

Anja Heifel  
fon 0201/29403-82  
mail [punktlandung@nds-verlag.de](mailto:punktlandung@nds-verlag.de)

##### punktlandung-Layout

Birte Prpitsch

##### Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
Postfach 10 27 52, 45027 Essen  
mail [info@nds-verlag.de](mailto:info@nds-verlag.de)  
web [www.nds-verlag.de](http://www.nds-verlag.de)



Frauke Rütter, Jugendbildungsreferentin  
fon 0201/29403-84  
mail [jungegew@gew-nrw.de](mailto:jungegew@gew-nrw.de)  
web [www.junge-gew-nrw.de](http://www.junge-gew-nrw.de)